

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr** der Stadt Burgdorf am **04.06.2024** im C-Trakt des Gymnasiums Burgdorf, Berliner Ring 27, 31303 Burgdorf,

19.WP/A-WALV/028

Beginn öffentlicher Teil: 17:03 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 19:05 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 19:04 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 19:50 Uhr

ANWESENHEIT:

Bürgermeister

Pollehn, Armin

Vorsitzender

Braun, Hartmut

stellv. Vorsitzender

Apel, Robert

Mitglied/Mitglieder

Gawlik, Mario
Müller, Malte
Peisker, Niklas
Schweer, Cord-Heinrich
Sund, Björn

Grundmandat

Bierkamp, Dirk
Fleischmann, Michael bis TOP 8

stellv. Mitglied/Mitglieder

Hinz, Gerald Vertretung für Frau Susanne Paul
Höfner, Joachim Vertretung für Frau Ariane Thieleking

Beratende/s Mitglied/er

Auerbach, Stefan
Wackermann, Lutz
Wortmann, Thomas

Verwaltung

Elias, George bis TOP 4.1
Fischer, Andreas bis TOP 2.2
Fritz, Petra
Frommelt, Danielle
Herbst, Imke zu TOP 6/6.1
Krause, Julia

Gäste:

Prof. Dr. Stefan Lennardt MODULDREI Standortstrategie GmbH (Dortmund)

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Wirtschaftsstandortstrategie, Vorstellung des Konzeptes durch Prof. Dr. Stefan Lennardt von der MODULDREI Standortstrategie GmbH, Dortmund
 - 2.1. Antrag von der FDP-Fraktion - "Strategische Gewerbeansiedlung"
Vorlage: A 2023 0393
 - 2.2. Antrag der Gruppe Bündnis90/Die Grünen und der SPD-Fraktion - "Strategie für eine nachhaltige und flächensparende Gewerbeflächenentwicklung für zukunftsorientierte Unternehmen"
Vorlage: A 2023 0394
 - 2.3. Wirtschaftsstandortstrategie - abgesetzt -
Vorlage: BV 2024 0790
3. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 25.04.2024
4. Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 4.1. Sachstandbericht Verkehrsversuch
Vorlage: M 2023 0400/9
 - 4.2. Bahnübergang Otze: Aktueller Sachstand
Bezug: Mitteilungsvorlage M 2020 1327/5 vom 12.07.2023
Vorlage: M 2024 0782
 - 4.3. Innenstadtsanierung: Programmanmeldung 2025
Vorlage: M 2024 0796
 - 4.4. Änderung der Parkgebühren aufgrund des § 2b UStG sowie freies Parken für E-Fahrzeuge
Vorlage: M 2024 0715/1
 - 4.5. Sachstandsbericht: "Vermarktung Baugebiet Ehlershäuser Weg"
Vorlage: M 2024 0761/1
5. Neubaugebiet Bebauungsplan Nr. 4-07 "Hornweg" - Beschluss über die Kriterien zur Auswahl der Grundstückserwerber/-innen, Verkaufsbedingungen und den Verkaufspreis
Vorlage: BV 2024 0769
6. Lärmaktionsplan Hauptverkehrsstraßen 2024
Vorlage: BV 2024 0775
 - 6.1. Lärmaktionsplan Hauptverkehrsstraßen 2024, Ergebnis der Öffentlichkeitsbeteiligung und Beschlussfassung
Vorlage: BV 2024 0775/1
7. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

7.1. Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung - Anfrage der Fraktion WGS Freie Burgdorfer vom 07.03.2024
Vorlage: F 2024 0765

8. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende, **Herr Braun**, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Die zunächst vorgesehene Beschlussvorlage zur „Wirtschaftsstandortstrategie“ soll erst nach der Sommerpause auf die Tagesordnung genommen werden, damit die Fraktionen ausreichend Zeit zur Beratung haben. Daher soll TOP 2.3 abgesetzt werden.

Es wird überlegt, ob auch die Anträge TOP 2.1 und 2.2 abgesetzt werden sollen. Zunächst soll aber das Konzept zur Wirtschaftsstandortstrategie vorgestellt werden, ggf. werden dann die Anträge als „behandelt“ angesehen.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird in der diesem Protokoll vorangestellten Form genehmigt.

2. Wirtschaftsstandortstrategie, Vorstellung des Konzeptes durch Prof. Dr. Stefan Lennardt von der MODULDREI Standortstrategie GmbH, Dortmund

Herr Prof. Dr. Stefan Lennardt von der MODULDREI Standortstrategie GmbH (Dortmund) stellt mittels Präsentation eine Zusammenfassung des Konzeptes zur Wirtschaftsstandortstrategie in Burgdorf vor. Auch wenn das Konzept an sich fertiggestellt ist, können Anregungen noch aufgenommen werden.

Das Konzept ist aus ökologischen Gründen nur im Bürgerinformationssystem unter www.burgdorf-ratsinfo.de/bj zu dieser Sitzung abrufbar.

Die Ausschussmitglieder tauschen sich in der Diskussion ausführlich über das vorgelegte Konzept aus.

Nach der Sommerpause soll ein Beschluss zur Wirtschaftsstandortstrategie gefasst werden. Die Ausschussmitglieder sind sich darüber einig, dass nicht einfach über das vorgelegte Konzept ein Beschluss gefasst werden soll. Seitens der Verwaltung sollen gezielte Vorschläge unterbreitet werden, in welcher Form das Konzept für Burgdorf umgesetzt werden soll und welche Kapazitäten der Ver-

waltung zur Verfügung stehen bzw. benötigt werden. In regelmäßigen Abständen ist dann über den Sachstand in der Politik zu berichten, damit der Umsetzungsfortschritt ersichtlich ist.

Frau Fritz antwortet, dass Handlungsfelder zu beschließen sind, für die ein Zeitplan festgelegt werden muss. Dazu sind aber auch die Ressourcen zu berücksichtigen. Zum einen beinhaltet dies die personelle Ressource – von 100 Stunden ausgehend bedeutet dies 1,5 Stellen mehr, aber auch die finanziellen Ressourcen müssen gegeben sein. Haushaltsmittel müssen bereitgestellt werden, um gewissen Themenfelder anzugehen.

Von Seiten der Politik muss aufgezeigt werden, welche Handlungsfelder priorisiert werden sollen. Daran kann die Verwaltung ermitteln, in welchem Zeitrahmen diese Ziele mit wieviel Personal erreicht werden können und welche Mittel dafür zur Verfügung stehen müssen.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorstellung des Konzeptes zur Kenntnis. Die Verwaltung soll einen konkreten Beschlussvorschlag anhand des Konzeptes zusammenstellen, so dass nicht nur allein über das vorgelegte Konzept ein Beschluss gefasst wird. Seitens der Politik sind entsprechende Handlungsfelder aufzuzeigen und zu priorisieren.

2.1. Antrag von der FDP-Fraktion - "Strategische Gewerbeansiedlung"
Vorlage: A 2023 0393

Das Thema „Wirtschaftsstandortstrategie“ wird nach der Sommerpause weiter diskutiert. Der Antrag gilt als behandelt.

2.2. Antrag der Gruppe Bündnis90/Die Grünen und der SPD-Fraktion - "Strategie für eine nachhaltige und flächensparende Gewerbeflächenentwicklung für zukunftsorientierte Unternehmen"
Vorlage: A 2023 0394

Das Thema „Wirtschaftsstandortstrategie“ wird nach der Sommerpause weiter diskutiert. Der Antrag gilt als behandelt.

2.3. Wirtschaftsstandortstrategie - abgesetzt -
Vorlage: BV 2024 0790

Die Beschlussvorlage zur „Wirtschaftsstandortstrategie“ wird von der Tagesordnung abgesetzt und erst nach der Sommerpause im Ausschuss beraten.

3. **Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 25.04.2024**

Einstimmig (6 Jastimmen und 3 Enthaltungen) fassen die Ausschussmitglieder folgenden

Beschluss:

Das Protokoll vom 25.04.2024 wird genehmigt.

4. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

Mündliche Mitteilungen werden nicht vorgetragen.

4.1. **Sachstandbericht Verkehrsversuch Vorlage: M 2023 0400/9**

Frau Frommelt berichtet, dass sich der aktuelle Sachstandbericht – Vorlage M 2023 0400/9 – auf die Anregungen aus der letzten Ausschusssitzung bezieht.

Herr Apel bittet darum, zu diesem TOP die Einwohnerfragestunde vorzuziehen. Dem Wunsch stimmen die Ausschussmitglieder zu.

Ein **Anlieger aus der Mittelstraße** bemängelt den nunmehr starken Verkehr auf der Mittelstraße. Tagsüber fahren in der Woche ca. 300 Autos gegenläufig auf der schmalen Straße. Diese ist offensichtlich nicht dafür ausgelegt, da regelmäßig der Gehweg bei Begegnungsverkehr überfahren wird. Auch an den Wochenenden hat er rd. 200 Autos gezählt. Daher schlägt er vor, auch hier eine Einbahnstraße einzurichten (Ost nach West). Alternativ könnte man an der Einfahrt „Am Brandende“ ein „Anlieger frei“ Schild aufstellen, was sich jedoch schwer kontrollieren lässt. **Frau Frommelt** antwortet, dass der Verkehr auf der Mittelstraße weiter beobachtet wird und sowohl mit dem Büro PGT als auch mit der Verkehrsbehörde thematisiert wird. Es wird versucht, eine Lösung zu finden.

Ein **Anlieger aus der Wallgartenstraße** berichtet, dass diese Straße ebenfalls als Ausweichstrecke benutzt wird. Es handelt sich um eine 20er Zone, was vielfach missachtet wird. Seines Erachtens herrscht seit Beginn des Verkehrsversuches ein absolutes Chaos in der Stadt. Es entsteht der Eindruck, als sei der Verkehrsversuch nicht richtig durchdacht.

Ein weiterer Einwohner erinnert an die damaligen Planungen für eine Südumgehung. Ohne eine solche zusätzliche Umgehung wird man keine perfekte Lösung finden, ohne andere zu Beeinträchtigen.

Herr Braun weist darauf hin, dass am 18.06.24 in der Sondersitzung des Ausschusses ausführlich über den Verkehrsversuch gesprochen wird und die ersten Ergebnisse daraus vorgestellt werden.

Ein **Einwohner aus der Weststadt** findet, dass es durch den beidseitigen Busverkehr weiterhin gefährlich ist. Die Bänke stehen zu dicht an der Fahr-

bahn, dort kann man nicht entspannt sitzen und plaudern. Diese sollte man besser auf dem Spittaplatz aufstellen.

Frau Volz-Auerbach (beratendes Mitglied A-USB) berichtet, dass viele Autos den Bussen hinterherfahren und gar nicht auf die Schilder achten. **Frau Frommelt** antwortet, dass dies nur eine provisorische Lösung ist. Bei einer endgültigen Lösung könnte man an dieser Stelle die Fahrbahn durch versenkbare Poller so gestalten, dass nur einseitig Fahrzeuge dort fahren können.

Es wird der Wunsch geäußert, die Einbahnstraße in die andere Richtung „umzudrehen“. **Frau Frommelt** erläutert, dass der überörtliche Verkehr über die Hochbrücke durch Burgdorf in Richtung Gifhorn fährt. Dieser Verkehr soll auf die Umgehungsstraße geleitet werden. Deswegen wurde die aktuelle Richtung der Einbahnstraße gewählt. Wenn man die B188 aus Gifhorn nach Hannover fährt, wird man in Hülptingsen gleich auf die Umgehung geleitet. Daher fährt man in dieser Fahrtrichtung eher selten direkt durch Burgdorf.

Ein **Anlieger der Marktstraße** stört sich weniger am Verkehrsversuch an sich. Jedoch findet er die Busse störend. Seiner Meinung nach, müssten diese ebenfalls anders fahren. **Frau Frommelt** informiert, dass darüber mit der Regiobus gesprochen wurde und dies seitens der Regiobus nicht machbar ist. Der Radverkehr ist ebenfalls gegenläufig zugelassen, wie in allen Einbahnstraßen mit ausreichender Fahrbahnbreite. Ziel des Mobilitätskonzeptes ist die Stärkung des nicht motorisierten Verkehrs, wozu auch der ÖPNV gehört.

Ein **Einwohner der Schillerslager Straße** findet, dass das Chaos in der Innenstadt das Einkaufen nicht attraktiv macht. Es wurde eine Umgehungsstraße zur Entlastung gebaut und Einkaufscenter ausgelagert. Somit hat sich auch der Verkehr auf der Schillerslager Straße verändert und es ist sehr laut geworden. Er hat sich selbst um Lärmschutzmaßnahmen gekümmert und entsprechende Anträge auf Fördermittel für passiven Lärmschutz durch den Bund gestellt. Ohne eine Südumgehung braucht man eine Marktstraße, die beidseitig befahren werden kann.

Frau Frommelt erinnert an den Termin am 18.06., wo die Ergebnisse vorgestellt werden. Diese sollten in die weiteren Überlegungen einfließen. **Herr Braun** ergänzt, dass der Verkehrsversuch dann einziges Thema ist und somit ausreichend Zeit zur Verfügung steht.

Herr Müller stellt abschließend fest, dass niemand den Verkehr vor seiner Haustür haben möchte. Nun wird an einer Stelle ausprobiert, welche Möglichkeiten zur Verfügung stehen, um die Verkehrssituation zu verändern. Auf der Mittelstraße ist mehr Verkehr durch den Schleichverkehr entstanden, hier muss nachgesteuert werden, das sieht er auch so. Aber die Denkweise „nicht bei mir“ findet er schade.

4.2. Bahnübergang Otze: Aktueller Sachstand Bezug: Mitteilungsvorlage M 2020 1327/5 vom 12.07.2023 Vorlage: M 2024 0782

Ergänzende Fragen werden nicht gestellt. Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**4.3. Innenstadtsanierung: Programmanmeldung 2025
Vorlage: M 2024 0796**

Herr Müller berichtet, dass die Vorlage auch im A-USB thematisiert wurde. In dem Zusammenhang wurde das Parkraumgutachten angesprochen. Er fragt nach, ob es ein solches für die Innenstadt schon gibt. **Frau Frommelt** antwortet, dass eine Parkraumerhebung stattgefunden hat. Die Ergebnisse werden aktuell zusammengestellt und in Kürze an die Verwaltung übermittelt. Diese werden dann auch dem Ausschuss zur Verfügung gestellt.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**4.4. Änderung der Parkgebühren aufgrund des § 2b UStG sowie freies Parken für E-Fahrzeuge
Vorlage: M 2024 0715/1**

Ergänzende Fragen werden nicht gestellt. Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**4.5. Sachstandsbericht: "Vermarktung Baugebiet Ehlershäuser Weg"
Vorlage: M 2024 0761/1**

Ergänzende Fragen werden nicht gestellt. Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**5. Neubaugebiet Bebauungsplan Nr. 4-07 "Hornweg" - Beschluss über die Kriterien zur Auswahl der Grundstückserwerber/-innen, Verkaufsbedingungen und den Verkaufspreis
Vorlage: BV 2024 0769**

Herr Gawlik erkundigt sich, warum in den Kriterien keine Festlegung eines Fertigstellungstermins aufgenommen wurde, z. B. Fertigstellung innerhalb von 2 Jahren ab Kaufvertrag. **Frau Fritz** antwortet, dass eine solche Regelung in den Kaufverträgen enthalten ist. Die Einhaltung wird entsprechend kontrolliert.

Herr Apel erkundigt sich nach der Höhe der Vertragsstrafe. **Frau Fritz** informiert, dass diese bei 15.000 € liegt. Die aktuelle Rechtsprechung wird dabei berücksichtigt und die Summe ggf. angepasst.

Einstimmig fassen die Ausschussmitglieder folgenden empfehlenden

Beschluss:

- 1. Die Auswahl der Grundstückserwerber/-innen und der Verkauf der Wohnbaugrundstücke im Baugebiet „Hornweg“ im Ortsteil Schillerslage (Bebauungsplan Nr. 4-07) soll entsprechend den**

Ausführungen zu Ziffer 4. durch die Verwaltung vorgenommen werden.

- 2. Der Verkaufspreis der Wohnbaugrundstücke im Baugebiet „Hornweg“ im Ortsteil Schillerslage (Bebauungsplan Nr. 4-07) beträgt 200,00 €/m² zuzüglich Abwasserbeitrag und Anschlusskosten für die Versorgungsanschlüsse.**

Ferner ist von allen Erwerbern der jeweilige Anteil der privaten Erschließungsfläche, ebenfalls zum Preis von 200,00 €/m², mit zu erwerben und eine Vereinbarung über den Ausbau der privaten Erschließungsfläche, die Übernahme der hierfür entstehenden Ausbaurkosten sowie deren späterer Unterhaltung zu schließen.

6. Lärmaktionsplan Hauptverkehrsstraßen 2024 Vorlage: BV 2024 0775

Siehe TOP 6.1

6.1. Lärmaktionsplan Hauptverkehrsstraßen 2024, Ergebnis der Öffentlichkeitsbeteiligung und Beschlussfassung Vorlage: BV 2024 0775/1

Herr Sund verweist auf die Nummer 3.2 und die geplanten weiteren Maßnahmen für eine neue Lärmberechnung. **Frau Herbst** erläutert, dass im Rahmen des letzten Lärmaktionsplans 2019 die NLStBV darauf hingewiesen hat, dass an der B443 Lärmschutzmaßnahmen „möglich“ sein könnten. Allerdings reichte die vom Land durchgeführte Lärmkartenerstellung für die abschließende Entscheidung nicht aus. Im Rahmen des Mobilitätskonzeptes wurde eine Verkehrserhebung gemacht, aber wiederum nicht so, dass diese Werte für eine Lärmberechnung durch die NLStBV genutzt werden konnten. Das für die Straße B443 (Schillerslager Landstraße) nun Lärmsanierungsmittel zur Verfügung stehen, war der Stadt nicht bekannt. Dies wurde seitens der NLStBV nicht kommuniziert.

Herr Sund findet, dass konkrete Ergebnisse erzielt werden müssen, damit man gegenüber den Anliegern verbindliche Aussagen zum Lärmschutz geben kann.

Frau Herbst antwortet, dass eine Kommunikation über die Verwaltung sicherlich möglich ist. Dafür werden allerdings konkrete Informationen des Straßenbaulastträgers benötigt. Der Kontakt wird weiterhin gesucht.

Herr Wackermann teilt mit, dass die Verkehrszahlen alle 5 Jahre fortgeschrieben werden (Grundlage: Globalzahlen, Prognosen). Daher ist er der Meinung, dass eine weitere Zählung nicht erforderlich ist. Eine Begutachtung findet statt, aber von einem Sachverständigen im Auftrag des Straßenbauamtes. Er schlägt vor, dass die Verwaltung einen Handzettel mit den wichtigsten Informationen für die Eigentümer erstellt, um über das Verfahren aufzuklären.

Frau Herbst erläutert, dass sich hier um zwei verschiedene Dinge handelt. Zwar machen sich die Kommunen im Rahmen der Lärmaktionsplanung in Bezug auf die Lärmkarten Gedanken über Maßnahmen und sollen dazu auch eine Rückmeldung über das Umweltministerium an die EU geben, aber für Bundesstraßen und Landesstraßen ist die Stadt letztendlich nicht zuständig für die Umsetzung von Maßnahmen sondern der Straßenbaulastträger oder die Straßenverkehrsbehörde.

Einstimmig (8 Jastimmen, 1 Enthaltung) fassen die Ausschussmitglieder folgenden empfehlenden

Beschluss:

- a) **Die im Rahmen der Mitwirkung der Öffentlichkeit eingegangenen Stellungnahmen werden zur Kenntnis genommen und den Erwidierungen der Stadt Burgdorf wird zugestimmt (s. Anlage 1 zu dieser Vorlage).**
- b) **Der Lärmaktionsplan, welcher dieser Vorlage anliegt (Stand 28.05.2024), wird gemäß § 47d BImSchG beschlossen.**

7. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

**7.1. Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung - Anfrage der Fraktion WGS Freie Burgdorfer vom 07.03.2024
Vorlage: F 2024 0765**

Ergänzende Fragen werden nicht gestellt. **Herr Bierkamp** teilt mit, dass sich die WGS Freie Burgdorfer vorbehalten, ggf. einen Antrag auf Abschaffung zu stellen.

8. Anregungen an die Verwaltung

Herr Gawlik teilt folgende Anregungen mit:

1. Wenn man von Otze die Straße Spargelfeld Richtung Burgdorf fährt, kreuzt die Straße „Wolfskuhlen“. Dort stand ein Schild, welches auf die Kreuzung hingewiesen hat (Verweis auf die Rechts-vor-links-Regelung). Er bittet darum, dass ein solches wieder aufgestellt wird.

2. Wenn man von Beinhorn kommend die Dorfstraße nach Heeßel hineinfährt, kommen auf der linken Seite, kurz hinter dem Ortsschild, zwei Grundstücke. Dort muss die Hecke zurückgeschnitten werden, da diese den Radweg behindert.

Frau Frommelt teilt mit, dass diese Anregung an die Abteilung Ordnung weitergeleitet wird.

3. Es gibt das Carsharing Angebot und bald auch ein zweites Auto zur Nutzung. Bisher hat er wenig Informationen darüber gefunden. Er bittet darum, dass das Angebot ausreichend beworben wird, damit das Stadtmobil auch angenommen werden kann.

Nachrichtlich über Protokoll: Diese Anregung wurde an die zuständige Abteilung weitergeleitet.

4. Über das Projekt „Fahrradstraße“ sollten die Anlieger bei einer Versammlung informiert werden. Diese wurde abgesagt. Nun soll zunächst die Interimslösung umgesetzt werden. Er erkundigt sich, ob die Anlieger über die Maßnahme entsprechend informiert wurden. **Frau Frommelt** berichtet, dass die Anlieger über Handzettel informiert werden sollen. Weiterhin wird zu dem Thema über eine Pressemitteilung informiert. Zusätzlich werden am Anfang der betreffenden Straßen Schilder mit der Information zu den neuen Regelungen aufgestellt.

5. Wenn man als Radfahrer in Otze von Burgdorf aus kommend hineinfährt, wird man durch die aufgebrachten Piktogramme in Höhe des Kapellenweges weiter auf den Gehweg geführt. Dort könnte es zu Konflikten mit Gehwegnutzenden kommen. **Frau Frommelt** sichert eine Prüfung zu.

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ausschussvorsitzender

Protokollführerin